

BESCHLUSSPROTOKOLL

zur **öffentlichen Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz** am

Montag, 30. November 2020 von 18.30 bis ca. 20.30 Uhr (Ende der Sitzung)

im OTe-Zentrum (OTe-Saal), Otto-Brenner-Allee 44/46, 28325 Bremen

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr Sitzungsende: 20.30 Uhr

Teilnehmer*innen:

Herr Conreder
Herr Dillmann
Frau Fischer
Frau Haase
Herr Haase
Herr Hohn
Frau Klin Protokollantin
Herr Kocas
Herr Krauskopf
Herr Kuhlmann
Herr Last
Herr Massmann
Frau Osterhorn
Frau Pfeiffer
Herr Schlüter Sitzungsleitung
Frau Schönfelder
Herr Sporleder
Frau Suchopar

entschuldigt:

Herr Wedler

Gäste:

Senatorin Claudia Bernhard (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)
Robert Schleisiek (Gewoba)

27 Bürger*innen: u.a. einige sachkundige Bürger*innen der Beirates Osterholz, Herr Hasemann (Presse), Herr Irmer Bürger Online Redaktion, Herr Bülow Polizei Osterholz, Herr Bartsch Leiter der Kops, Katrin Höpker QM Tenever, Aykut Tasan QM Schweizer Viertel, Stefan Kunold QM Blockdiek, Buten und Binnen

Herr Schlüter begrüßt die Mitglieder des Beirates, die anwesenden Bürger*innen, die Vertreterin zu TOP 3 (neu) und die Vertreter*innen von Radio Bremen und informiert aufgrund der aktuellen Pandemie Situation über die Verhaltensregeln für die heutige Sitzung:

- in den OTe Saal würden rd. 400 (je nach Bestuhlung) Personen unter Normalbedingungen reinpassen. Unter Einhaltung der Abstandsregelung dürfen an der heutigen Sitzung max. 80 Personen teilnehmen (es sind 45 Personen anwesend, eingeladen wurden 20 Beirat+ OA und 40 Bürger*innen, Gäste)
- es gibt eine Anwesenheitsliste, in der sich alle (bis auf die Beiratsmitglieder) einzutragen haben, um bei Bedarf die Infektionsketten nachverfolgen zu können (Pflicht)
- für die heutige Sitzung gilt die Pflicht eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, auch am Platz.
- weiterhin möchten sich alle einmal die Hände desinfizieren
- die vorgegebene Sitzordnung ist so gewählt, dass zwischen den Personen 1,50 m zu allen Richtungen eingehalten wird

- für die gesamte Sitzungsdauer sind die Fenster geöffnet, damit so für eine ausreichende Lüftung gesorgt wird.
- es gibt separate Ein- und Ausgänge
- die heutige Sitzung wird von Herrn Irmer (BORIS Redaktion) aufgezeichnet und per live Stream ausgestrahlt. Außerdem ist Buten und Binnen auch anwesend und zeichnet mit auf. Der Beirat ist mit der Methode einverstanden. Sollte jemand von den Anwesenden mit der Methode nicht einverstanden sein, so sollte er/sie den Raum verlassen.

Herr Schlüter weist ausdrücklich auf die Einhaltung der eben genannten Regeln hin, damit die Sitzung gelingen kann.

Außerdem spricht Herr Schlüter der GEWOBA für die Benutzung des OTe Saals seinen Dank aus.

Weiterhin begrüßt Herr Schlüter Herrn Barloschky und seine Studierenden, die per Live Stream zuschauen wollten.

Der Beirat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

- Streichung des TOPS „Vorstellung und Mittelvergabe aus dem Jugendanpassungskonzept 2021. Es konnte im Vorfeld keine Einigung zu den eingereichten Anträgen erzielt werden. Der Tagesordnungspunkt müsste verschoben werden. Der Beirat stimmt dem Vorgehen zu.

Die Tagesordnung wurde einstimmig wie folgt beschlossen:

- | | |
|--|--------------|
| 1. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 26.10.2020 | (ca. 5 min) |
| 2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger | (ca. 10 min) |
| 3. Situationsbericht und Informationen zur Corona-Infektion im Stadtteil Osterholz und mögliche Ursachen? (Gegenmaßnahmen?). Eingeladen: | (ca. 60 min) |
| - Frau Senatorin Claudia Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz | |
| - Herr Genthe-Welzel, Senatorin für Kinder und Bildung (angefragt) | |
| - Herr Schleisiek, Gewoba | |
| 4. Anträge | |
| - Vergabe der Restglobalmittel 2020 | (ca. 10 min) |
| 5. Mitteilungen des Ortsamtes | (ca. 5 min) |
| 6. Verschiedenes | (ca. 5 min) |

Zu TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.10.2020

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 26.10.2020 wird genehmigt.

Zu TOP 2 Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Schlüter stellt den neuen Vorgesetzten der Kontaktpolizisten vor. Herr Bartsch stellt sich kurz vor.

Ein Bürger fragt nach dem Kenntnisstand des Beirates zu der Bewegung Ülkücü. Herr Schlüter wird die Anfrage an die zuständige Behörde weiterleiten.

Ein Bürger spricht den Vorfall von Samstagabend am Mehrgenerationenplatz an. Eine Gruppe von jungen Heranwachsenden hat mit einem Messer auf einen Mann eingestochen. **Herr Bülow** kann derzeit keine Auskünfte geben, die Ermittlungen laufen noch. Herr Bülow bittet aber um Mithilfe. Bei Hinweise bitte den Kriminaldauerdienst unter 362-3888 kontaktieren.

Herr Haase informiert über die Fusionierung von den Bremen Firebirds und den OT Rebels.

Zu TOP 3 Situationsbericht und Informationen zur Corona-Infektion im Stadtteil Osterholz und mögliche Ursachen? (Gegenmaßnahmen?).

Gäste:

- Frau Senatorin Claudia Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
- Herr Schleisiek, Gewoba

Angefragt war auch Herr Genthe-Welzel von der Senatorin für Kinder und Bildung. Aus der Bildungsbehörde kam aufgrund von fehlender Zuständigkeit eine Absage. Somit nimmt niemand aus dem Ressort teil.

Die folgenden Schilderungen/Äußerungen werden der Reihenfolge nach im Protokoll aufgeführt.

Herr Schlüter bedankt sich bei Frau Bernhard für Ihre Teilnahme an der Beiratssitzung. Herr Schlüter führt in die Thematik ein. Er berichtet von der Maskenproblematik am Einkaufszentrum Blockdiek bis hin zum Brand in der Neuwieder Straße und die Schwierigkeit alle Anwohner entsprechend zu erreichen. Er ist dankbar, dass eine Zusammenarbeit zwischen Ortsamt, Beirat, Behörde und Mütterzentrum erfolgt. Nur gemeinsam kann an der derzeitigen Situation gearbeitet werden.

Auch **Frau Bernhard** bedankt sich dafür, dass der Stadtteil sie eingeladen hat. Wenn sie eingeladen wird, dann wird sie den Termin auch wahrnehmen. Es ist wichtig zu wissen was vor Ort passiert und was optimiert werden kann. Sie kennt den Stadtteil schon sehr viele Jahre und ihr ist sehr dran gelegen, die Situation gemeinsam den Griff zu bekommen. Sie merkt an, dass die Auflistung der Zahlen nach Postleitzahlen nicht mit dem Stadtteil/Ortsteil deckungsgleich ist. Am Mittwoch (02.12.2020) werden neue Zahlen veröffentlicht, die aber insgesamt zurückgehen. Die Zahlen unkontrolliert rauszuschicken, hält sie für nicht richtig. Sie warnt vor Stigmatisierung der betroffenen Bevölkerung. Zu beachten sind u.a. die prekären Arbeits- und Wohnverhältnisse. Die Ergebnisse zeigen nur auf, wo die infizierten Menschen leben, nicht wo sie sich angesteckt haben. In den letzten Wochen haben einige Termine u.a. mit den Ortsämtern/Beiräten, Senatskanzlei und dem Quartiersmanagement stattgefunden. Es ist eine gemeinsame Aufgabe des Senats, die Ansteckungen so weit wie möglich zu reduzieren. Es müssen Maßnahmenpakete (z. B. Streetworker-Stellen, Präventionsangebote in KiTa und Schule) geschnürt werden.

Herr Haase spricht ebenfalls seinen Dank an die Senatorin aus. Grundsätzlich ist er mit den Maßnahmen sehr zufrieden. Ein Lob geht an den Ordnungsdienst, die die Einhaltung der Maskenpflicht im Stadtteil gut kontrollieren. Wenn er die Berichte von dem Shopping-Gedrängel vom letzten Freitag sieht, dann steigt in ihm ein gewisser Unmut auf. Für Tenever gibt es Probleme spezielle auch zu den Wohnverhältnissen, auch in Bezug auf die Fahrstuhl- und Treppenhaussituationen.

Eine Schulleiterin spricht die allgemeine Situation in den Schulen im Umgang mit CORONA und Quarantäne an. Sie gibt zu bedenken, dass viele Familien die Briefe vom Gesundheitsamt nicht verstehen. Außerdem kommen die Briefe zur Quarantäneverordnung oder die Testergebnisse einige Tage zu spät an. Die Familien brauchen direkte und schnell zugänglich gemachte Kontakte. Morgen wird die Schule reihengetestet. Diese

Maßnahme ist viel zu kurzfristig bekanntgegeben worden. Um alle Familien für die Reihentestung zu informieren, braucht es einen Vorlauf.

Eine Bürgerin spricht auch die zeitliche Abfolge nach einer Testung an. Sie betont, dass die Ergebnisse viel zu spät vorliegen (Beispiel Dienstag wird getestet- am Samstag liegt das positive Ergebnis vor). Die Familien oder die betroffenen positiv getesteten Personen erhalten einen Fragebogen vom Gesundheitsamt. Das erste Problem liegt darin, dass die Inhalte teilweise nicht verstanden werden. Das zweite Problem ist, dass dieser Brief auch per Post wieder an das Gesundheitsamt geschickt werden muss, die betroffene Person sich aber in Quarantäne befindet. Wie soll das funktionieren. Man ist immer auf fremde Hilfe angewiesen. Außerdem sollten Dolmetscher*innen zum Einsatz kommen. Ein weiteres Problem ist, dass sich die Frauen mit den Kindern an die Regeln halten und die dazugehörigen Männer mit den heranwachsenden Söhnen nicht.

Herr Schleisiek von der Gewoba berichtet, dass seit rd. 1,5 Wochen in den Hochhäusern Zettel mit Hinweis „Mundschutzpflicht“ und „Abstandhaltung“ hängen. diese Schilder werden allerdings regelmäßig vernichtet. Die eingesetzten Concierges und Hauswarte leisten momentan viel Aufklärungsarbeit. Er gibt zu bedenken, dass sich in einem 100 Parteien Hochhaus zur Rush Hour Zeit die Menschen im Treppenhaus oder bei den Eingängen gar nicht aus dem Wege gehen können.

Herr Schlüter spricht die Kommunikation mit dem Gesundheitsamt an. Es wurde immer wieder berichtet, dass das Gesundheitsamt sehr schwierig zu erreichen ist und das am Telefon viel zu schnell gesprochen wird.

Frau Senatorin Bernhard berichtet, dass ihr Ressort sehr eng mit dem Bildungsressort zusammenarbeitet und um die beste Lösung ringen. Die Teststrategie ist verändert worden. Nach 5 Tagen Quarantäne kann bei einem negativen Testergebnis die Quarantäne beendet werden (Freitestung). In KiTa und Grundschule liegt ein niedriges Infektionsgeschehen vor. Ihr machen die weiterführenden Schulen Sorge. Sie gibt zu, dass das Gesundheitsamt personell zu schlecht ausgestattet ist, um den derzeitigen Anforderungen gerecht zu werden. Eine kontinuierliche Aufstockung des Personals erfolgt weiterhin (medizinischen Personal/Scouts). Ab dem 01.12.2020 wird eine weitere Schaltung beim Gesundheitsamt freigeschaltet. Damit das Gesundheitsamt besser zu erreichen ist. An dieser Stelle spricht sie, die schlechten Strukturen an. Auch vor der Pandemie Zeit gab es strukturelle Probleme (Personalmangel). Nur jetzt, in dieser außergewöhnlichen und auch neuen Situation machen sich die Probleme noch mehr bemerkbar. Auch nach der Pandemie müssen die Strukturen stabil sein. Sie wünscht sich eine gemeinsame Solidarität in dieser schwierigen Zeit.

Herr Schlüter spricht in Zusammenhang mit den Strukturen die Bestrebungen des Beirates und Ortsamt Osterholz zu der Implementierung eine Gesundheits- und Männertreffpunktes an. Seit vielen Jahren versucht Osterholz die Einrichtungen bzw. die Stellen dafür zu bekommen.

Herr Dillmann spricht die Hinweisschilder zur Maskenpflicht rund um den Marktplatz Schweizer Viertel an. Teilweise würden die Schilder zu hoch hängen und werden deshalb leicht übersehen. Die Ausweisung der Maskenpflichtzone umfasst einige private Flächen (z. B. vor der Post, Sparkasse, Ärztehaus Zermatter Straße). Weiterhin spricht er die Problematik von Alleinerziehende an, die sich in Quarantäne befinden. Wie kann man den Personen helfen (Einkauf, wer kümmert sich um das Kind/die Kinder?). Wie kann eine Isolation gewährleistet werden (Nutzung von freien Hotelkontingenten)? Auch er unterstreicht das schlechte Erreichen des Gesundheitsamtes von schulischer Seite.

Frau Schönfelder spricht die Taktung der Linien 1 + 25 an. Die Taktung der Linie 4 ist erhöht worden. Warum passiert das nicht für die Linien 1+25. Gibt es eine Art Priorisierung von Sofortmaßnahmen? gibt es schon Sofortmaßnahmen? Und wenn ja, zu wann können diese umgesetzt werden?

Herr Hohn fragt nach den Auswirkungen der neuen Teststrategie.

Frau Senatorin Bernhard wird folgende Nachfragen/Themen zur Klärung mit in das jeweilig zuständige Ressort nehmen:

- Schilderthematik/Umgang mit den Privatflächen rund um den Marktplatz Schweizer Viertel
- Hilfe für Alleinerziehende
- Taktung der Linie 1+ 25

Frau Senatorin Bernhard informiert darüber, dass in der aktuellen Senatsvorlage die Aufstockung der Streetworker-Stellen, Aufstockung der Gesundheitsfachkräfte und Verbesserung der Kommunikation aufgeführt sind.

Die Teststrategie ist aus Kapazitätsgründen verändert worden. Aktuell hat Bremen den geringsten R-Wert (0,7). In Relation zu anderen Bundesländern testet Bremen aber gleich viel. 14.000 Test wurden pro Woche durchgeführt. Jetzt sind es 3.000-4.000 Test pro Woche weniger. Die Nutzung von Hotels wird teilweise schon für Geflüchtete praktiziert. Die Thematik ist aber noch ausbaufähig, auch das wird noch im Senat besprochen.

Frau Suchopar berichtet, dass viele Eltern über die immer wieder unterschiedlichen Aussagen, Testungen, Regelungen irritiert sind. Für die Akzeptanz der Pandemie spielt eine Sicherheit eine große Rolle.

Herr Last kann nicht nachvollziehen, warum drei Stellen im Bereich der Maskenpflichtzone rund um den Marktplatz Schweizer Viertel nicht abgedeckt sind:
St. Gotthard- Straße Nr. 31-33 – Vorraum
Züricher/St. Gotthard Straße/Walliser Straße- der gesamte Block
Parkplätze bei Netto, Woolworth, Rewe- warum sind da keine Schilder?

An den Bus- und Straßenbahnhaltestellen müssten auch Schilder aufgestellt werden. Eine Ansage in den Bussen und Bahnen zu den Maskenpflichtzonen wären sinnvoll.

Eine Bürgerin schließt sich in Sachen Kommunikation und Quarantäne ihren Vorrednerinnen an. Sie betont, dass die Familien nicht verstehen, was vom Gesundheitsamt verordnet wird. Weiterhin betont sie, dass am KBO (wieder) ein Testzentrum und auch ein Impfzentrum aufgemacht werden sollte. Die Menschen aus dem Stadtteil haben teilweise Angst mit dem ÖPNV in Richtung Stadt zu fahren. Weiterhin haben ihr Anwohner*innen berichtet, dass die Einhaltung der Quarantäne nicht kontrolliert worden ist. Und was ist z. B. mit einer alleinerziehenden Mutter mit drei Kindern, die sich in Quarantäne befindet, wer besorgt ihr Lebensmittel. Zwangsläufig müssen sie die Quarantäneregeln brechen. Wie soll es anders funktionieren?

Ein Schulleiter spricht die Situation in den Schulen an. Die Kinder sitzen teilweise dicht an dicht beieinander, ständiges Lüften. Seit 37 Wochen wird Unterricht am Rande des Machbaren vollzogen. Vor der Pandemie existierte schon eine Bildungsungerechtigkeit, wie soll Schule in der jetzigen Zeit überhaupt „normal“ funktionieren. Er informiert darüber, dass er keine Kommunikationsprobleme mit dem Gesundheitsamt hat oder hatte. Er findet die neue Teststrategie gut, die alte war für die Schulen eine enorme Belastung.

Herr Tasan informiert darüber, dass das Café Schweizer Viertel aufgrund der aktuellen Regelungen noch nicht eröffnen durfte. Die Räumlichkeiten stehen aber zur Verfügung. Die Idee ist, dass die Räumlichkeiten als Info Punkt zur Aufklärung im Rahmen der Pandemie umfunktioniert werden können. Weiterhin fragt er sich, wie mit der Zeit nach den Feiertagen umgegangen werden kann. Was ist, wenn die Zahlen im neuen Jahr wieder steigen?

Frau Senatorin Bernhard findet die Idee mit dem Info Punkt gut und unterstützt diese zu 100%. Sie betont, dass es derzeit schwierig ist, die freien Stellen im Gesundheitsamt zu besetzen. In Zusammenhang mit einer möglichen weiteren Welle plädiert sie auf die Vernunft der Menschen und auf die Solidarität. sie ist beeindruckt von der Leistung in den

Schulen. Ihr ist bewusst, dass das Bildungssystem nicht pandemiefähig ist. Das Testzentrum am KBO ist nach rd. 6-8 Wochen wieder geschlossen war, weil die Nachfrage nicht da war. Osterholz wird voraussichtlich auch kein Testzentrum erhalten. Die Gesundheitsministerkonferenz hat heute getagt. Es wird nicht davon ausgegangen, dass in Deutschland ab Mitte Dezember 2020 geimpft werden kann. Bis Bremen durchgetestet worden ist, wird es mind. ein Jahr dauern. Perspektivisch sollen die Personen mit Vorerkrankungen und Pflegeeinrichtungen zuerst getestet werden. In Zusammenhang mit der Impfung gibt es noch Unklarheiten. Sie informiert darüber, dass es beim Gesundheitsamt mobile Teams gibt, die zum Testen in die Familien kommen.

Frau Senatorin Bernhard macht das Angebot, dass sie gerne wieder in eine Sitzung kommt. Sie wird alle besprochenen Punkte zur Prüfung und Klärung mitnehmen.

Herr Haase verliest den gemeinsamen Beschlussantrag der Fraktionen im Beirat und der FDP:

Zur Verbesserung von Information, Aufklärung und Erinnerung an den Umgang mit Corona im Wohnumfeld und im eigenen familiären Bereich

Der Beirat Osterholz bittet die Senatorin für Gesundheit zeitnah, das heißt innerhalb der nächsten 14 Tage, und mit Nachdruck die Einrichtung eines Informationspunktes im Osterholzer Stadtteilzentrum personell und organisatorisch zu unterstützen.

Die hohen Infektionszahlen im Stadtteil zeigen, dass es bei vielen Menschen offensichtlich ein Informationsdefizit im Umgang mit Corona gibt. Zahlreiche Bürgerinnen berichten von Unsicherheit und Ängsten, wenn sie oder Familienangehörige betroffen sind. Es ist schwierig, telefonische Auskünfte vom Gesundheitsamt zu erhalten. Und Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, haben regelmäßig Probleme, den für sie zu schnell vorgetragenen Antworten zu folgen.

Hier soll ein Anlaufpunkt helfen, im direkten Gespräch, und wenn nötig mit muttersprachlicher Unterstützung, offene Fragen zu klären und Hilfestellung zu geben.

1. Das neue Stadtteil-Café in der St.-Gotthard-Straße ist der geeignete Ort dafür. Es wird von der BRAS geleitet und bietet großzügige räumliche Voraussetzungen. Das Personal ist vorhanden und kann organisatorisch unterstützen. Es ist zurzeit noch nicht geöffnet und kann somit alle Hygiene-Anforderungen erfüllen.

2. Notwendig sind Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen:

- Zum Teil bereits vom Mütterzentrum Tenever erstellt
- Flyer des Gesundheitsamts
- Listen mit Kontaktdaten von Ärzten, Kliniken, Ansprechpartnern im Gesundheitsamt

3. An drei Tagen sollte eine Mitarbeiterin des Gesundheitsamts stundenweise zum persönlichen Gespräch vor Ort sein.

4. Sprachmittler*innen (ZIBB, Mütterzentrum) sollten zu diesen Zeiten ebenfalls vor Ort sein.

Zur zügigen Vorbereitung bittet der Beirat um die Einrichtung einer kleinen Planungsgruppe, bestehend aus einer Vertreterin des Gesundheitsressorts, dem Ortsamtsleiter, einer Vertreterin des Beirats, dem Quartiersmanager, einer Vertreterin der BRAS.

Ein für alle Bürger*innen sichtbarer Info-Punkt bietet die Chance schneller Hilfestellung und permanenter Erinnerung an die AHA-Regeln.

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 40-2020/20**. Legislaturperiode).

Frau Schönfelder verliest den gemeinsamen Beschlussantrag der Fraktionen im Beirat und der FDP:

Initiierung von individuell angepasste Maßnahmen aufgrund der besonderen Wohn- und Lebenssituation der Menschen in Tenever

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Die Anzahl der im Stadtteil Tenever mit dem Covid-19-Virus infizierten Menschen ist weiterhin hoch. Zu den Gründen und Ursachen haben in der vergangenen Woche ExpertInnen und Akteurinnen aus dem Stadtteil ihre Einschätzungen mitgeteilt. Die Ergebnisse spiegeln sich auch in ersten Studien aus Frankreich und den USA wider, die vor allem beengte räumliche Verhältnisse, geringes Einkommen und prekäre Arbeitsverhältnisse als Ursachen für ein vermehrtes Auftreten von Infektionen sehen.

Räumliche Enge führt zu schneller Infektion innerhalb der Familien. Die Quarantäne eines oder mehrerer Familienmitglieder ist unmöglich einzuhalten. Die veränderten Maßnahmen an den Schulen (u. a. keine grundsätzliche Testmöglichkeit mehr für Personen der Kontaktkategorie 1) können die Verbreitung im Stadtteil unübersichtlich werden lassen.

Die Benutzung von Fahrstühlen in Hochhäusern stellt ein Risiko dar aufgrund der Anzahl der Nutzer als auch der gemeinsamen Nutzung. Menschen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, können keinen Abstand in Bus und Bahn einhalten, sind daher einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. SchülerInnen nutzen den ÖPNV, um zu den umliegenden Schulen zu gelangen.

Männer sind überproportional häufig betroffen, dem Vernehmen nach sind zunehmend jüngere Erwachsene infiziert. Vor allem junge Männer könnten von Ansprechpartnern auf Augenhöhe profitieren, die so eine Verdeutlichung der Kontaktbeschränkungen auch im Hinblick auf die Ansteckung anderer Familienmitglieder erreichen könnten. Neben Kontrolle und Verwarnung sollte auch auf Einsicht gesetzt werden, um eine Akzeptanz der Maßnahmen nicht zu gefährden.

Aus Daten der AOK und des Universitätsklinikums Düsseldorfs überwinden langzeitarbeitslose Menschen eine Corona-Infektion schlechter, haben eine 84 % höhere Wahrscheinlichkeit, in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden. Hier spielt auch Stress eine Rolle für eine mögliche Ansteckung.

Die Sprachbarriere bei der Information durch das Gesundheitsamt stellt für viele Haushalte eine Schwierigkeit dar: Quarantäne-Anordnungen werden nicht korrekt verstanden, oft bleiben Fragen offen. Es gibt keine AnsprechpartnerInnen vor Ort.

Die Randlage von Osterholz erschwert die Inanspruchnahme von Test- und Impfangeboten. Eine Dezentralisierung von Beratung und Behandlung ist nicht nur in der Pandemie vonnöten. Es fehlen FachärztInnen (HNO, Pädiatrie, Dermatologie), Hausarztpraxen sind teilweise überlastet.

Insgesamt, so die Beobachtung, sind die Menschen gut informiert über die geltenden Infektionsschutzmaßnahmen. Es fehlt nicht an Wissen, sondern oftmals an der praktischen Umsetzung, die aufgrund der räumlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Situation der Menschen schwierig ist. Es wurden bereits von Seiten der Wohnungsgesellschaften und des Ordnungsamtes/Polizei Maßnahmen zur Information und zum Infektionsschutz ergriffen, die unser Ansicht nach nicht ausreichen.

Wir fordern daher den Senat auf, aufgrund der besonderen Wohn- und Lebenssituation der Menschen in Tenever auf den Stadtteil individuell angepasste Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Installation von Gesundheits-„Coaches“, die vor Ort Hilfestellung bieten, Fragen zu Quarantäne und Hygieneregeln beantworten sowie Beratungs- und Hilfsangebote vermitteln können. Hierbei sollte Wert gelegt werden auf ausgeprägte interkulturelle Kompetenz und den Einsatz männlicher Coaches.
- Prüfung der Errichtung eines dezentralen Impf- und Testzentrums
- Eine vermehrte Taktung der BSAG-Linien 1, 25 und 33/34, um vor allem die SchülerInnen der 9 Schulen im Stadtteil zu schützen und den Berufsverkehr zu entzerren.
- Prüfung, ob in besonders prekären Wohnsituationen eine Nutzung von leerstehenden Hotelzimmern für einzelne Familienmitglieder möglich ist, um die Quarantänesituation zu entzerren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 41-2020/20**. Legislaturperiode).

Zu Top 4 Anträge

- Neues Konzept der Recyclinghöfe:

Nach kurzer Diskussion wird der Tagesordnungspunkt verschoben. *Nachtrag zur Sitzung: Herr Schlüter hat einen Beschlussantrag erstellt und den zur Abstimmung an den Beirat gegeben.*

- Lärmaktionsplan:

Herr Haase verliest den Beschlussantrag von Herrn Last:

Der Beirat fordert die Bremer Regierung auf, Abhilfe beim Autobahnlärm zu schaffen.

Im Rahmen der Aktionspläne konnte bislang wenig gegen Autobahnlärm unternommen werden. In Osterholz gibt es einige Wohngebiete, die sehr nah an der Autobahn liegen. Dazu zählen insbesondere das Wohngebiet in Bremen-Osterholz entlang der A 27. Hier wurden des Nachts laut Lärmschutzkataster Schallpegel gemessen, die weit über 50 dB (A) betragen, bei besonders belasteten Häusern über 55 dB (A). In Bremen-Osterholz sind laut einer Berechnung der Behörde 1505 Anwohner*Innen von nächtlichen Lärmpegeln über 55 dB (A) betroffen.

Diese Abhilfe sollte auf Dauer durch deutlich verbesserte Lärmschutzwände und anderen schalldämmenden Maßnahmen (Flüsterasphalt) umgesetzt werden. Bis dahin soll als Sofortmaßnahme ein nächtliches Lärmschutz-Tempolimit auf den betroffenen Streckenabschnitten eingerichtet werden. Verschiedene Praxistests der letzten Jahre haben gezeigt, dass ein generelles Tempo-80-Limit nur geringe Lautstärkeminderungen mit sich bringt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil des Autobahnlärms durch Lastkraftwagen erzeugt wird. Ein kombiniertes Tempo-Limit von 80 km/h für Pkw und 60 km/h für LKW sorgt laut verschiedener Modellversuche dagegen für eine deutliche Lärmreduktion im Bereich von - 3 dB (A).

Ein solches Tempolimit stellt keine unzumutbare Verlangsamung des Verkehrs dar, wenn man bedenkt, dass es nur nachts von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr auf einigen Kilometern der Bremer Autobahn zur Anwendung kommen soll. Ein Abwarten bis die Autobahn verbreitert wird ist den betroffenen Anwohner*innen nicht zumutbar. Die Gesundheit der Anwohner*innen stellt hier ein höheres Gut dar.

In den letzten Jahrzehnten ist die Schädlichkeit von Lärm, insbesondere die Auswirkungen auf die Nachtruhe, zunehmend in den Fokus gerückt. Laut WHO führen dauerhafte nächtliche Lärmpegel über 55 dB(A) zu einer signifikanten Zunahme von Erkrankungen bei den Betroffenen, insbesondere zu einem deutlich erhöhten Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Schon Lärmpegel ab 45 dB (A) führen bei vielen

betroffenen Anwohner*innen zu Schlafstörungen, verbunden mit körperlichen Stressreaktionen und Einschränkungen der Leistungsfähigkeit¹.

Mit der Europäischen Umgebungslärm-Richtlinie (2002) wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Kartierungen von Umgebungslärm vorzunehmen und mit Aktionsplänen für eine Verminderung der Lärmbelastung zu sorgen. Das Umweltbundesamt hat dafür als mittelfristiges Ziel eine maximale nächtliche Lärmbelastung von höchstens 45 dB (A) in Wohngebieten definiert. Dementsprechend gilt schon heute für industrielle Anlagen, z.B. auch Windenergieanlagen, deren Lärm auf Wohngebiete einwirkt, ein maximaler nächtlicher Lärmpegel von 35 dB (A)².

Trotzdem ist die nächtliche Ruhe häufig gestört. Eine Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes (2018) ergab, dass sich 75 Prozent der Befragten von Verkehrslärm gestört fühlen – in deutlichem Abstand vor anderen störenden Geräuschquellen. Und tatsächlich herrschen bei den behördlichen Regelungen zur Beschränkung von Verkehrslärm – im Vergleich zu den wissenschaftlich fundierten Vorgaben der WHO oder den Vorschriften für Industrielärm (s. o.) noch anachronistische Höchstgrenzen. Die relevanten Verordnungen, herausgegeben vom Bundes-Verkehrsministerium, sehen Lärmwerte als zumutbar an, die weit über den angestrebten 40-45 dB (A) liegen. Zudem sind die Richtwerte in den Verordnungen auch noch unterschiedlich. Im Einzelnen:

1. Die Verordnung „Richtlinien für Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm“ (Lärmschutz-Richtlinien-StV) regelt generell den Lärmschutz an bestehenden Straßen. Sie gibt vor, dass der Straßenlärm in Wohngebieten tagsüber nicht mehr als 70 dB (A) betragen darf, nachts nicht mehr als 60 dB (A). Dies ist ein Lärmpegel, der laut WHO ganz konkrete gesundheitliche Schäden bei den Anwohner*innen billigend in Kauf nimmt.
2. Die „Richtlinie für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen“ (VLärmSchR 97) regelt die Lärmschutzpegel an denjenigen Straßen, die in der Baulast des Bundes stehen. Diese sieht in den allgemeinen Wohngebieten vor, dass nicht mehr als 49 dB die Lärmbelastung betragen darf.

Das bedeutet: Anwohner*innen an neu gebauten oder erweiterten Straßen sollen durch Schallschutzmaßnahmen geschützt werden, die einen nächtlichen Lärmpegel von maximal 49 dB (A) gewährleisten. Dagegen müssen Anwohner*innen von Straßen, die vor 1990 gebaut wurden, nach wie vor einen nächtlichen Straßenlärm von bis zu 60 dB (A) erdulden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 42-2020/20**. Legislaturperiode).

- Globalmittel, Reste für 2020:

Die Vergabe der Reste der Globalmittel für 2020 werden in der nächsten Sitzung behandelt/beschlossen.

- Benennung eines Weges auf dem Ellener Hof

Es gibt zwei Namensvorschläge (Horst Massmann/ Reinald Last und Bündnis 90/Die Grünen). Der Punkt wird verschoben.

Zu TOP 5 Mitteilungen des Ortschaftes

Herr Schlüter verweist auf die Emails.

Zu TOP 6 Verschiedenes

Herr Hohn fragt nach der Sitzung des Beirates im Weserpark. Herr Schlüter fragt nacheinander die Fraktionen. Alle Beiratsmitglieder, bis auf ein oder ggf. zwei werden an der Weserpark Sitzung teilnehmen. Herr Schlüter klärt den endgültigen Termin (15. oder 16.12.2020) ab.

Herr Schlüter schließt die Sitzung um 20.30 Uhr.

Bremen, 02. Dezember 2020

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Vanessa Klin
(Protokollantin)